



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonnabend, den 29. Januar 1887.

Nr. 47.

Preußische Klassen-Lotterie.

(Ohne Gewähr.)

Berlin, 28. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 175. königl. preußischer Klassen-Lotterie fielen in der Vormittags-Ziehung:

1 Gewinn von 10,000 Mark auf Nr. 27519.

4 Gewinne von 5000 Mark auf Nr. 38210
47552 96766 102877.

34 Gewinne von 3000 Mark auf Nr. 495
1103 5634 18465 18645 18661 23908
24934 26206 29174 33781 36542 45081
46368 47608 49894 52975 53009 65053
72695 79487 94934 100323 101353 125988
134828 143061 144922 149167 171725
171976 175520 181423 187682.

33 Gewinne von 1500 Mark auf Nr. 15022 16284 18371 18834 19209 23283
24696 25652 28479 31044 33513 35138
44930 54152 68482 68609 74012 78596
80214 85092 102542 117324 132311 133966
135167 141955 144984 153847 162429
163029 163509 165411 189647.

44 Gewinne von 500 Mark auf Nr. 6534
11532 16852 18690 19802 23155 25409
34382 36958 37003 43378 47218 51255
52895 58032 59007 61622 61839 65632
65944 74195 76658 76825 78068 84252
85546 86176 86981 101544 106793 123632
145508 148984 152152 155809 160213
162000 164749 168573 175069 179566
185298 186726 189111.

Deutschland.

Berlin, 28. Januar. Der Pester "Lloyd", der bekanntlich mit den maßgebenden ungarischen Politikern in nächster Fühlung steht, erhält „von guter Seite“ aus Berlin Mittheilungen über die Lage, für die er eine besondere Beachtung in Anspruch nimmt. Man schreibt jenem Blatte:

„Man hält in Berlin einen deutsch-französischen Krieg tatsächlich für wahrscheinlicher als nach den der Allgemeinheit zugänglichen faktischen Erscheinungen angenommen werden müsste. Die neulich fast von der gesammelten öffentlichen Meinung ausgesprochene Ansicht, daß die Signale der deutschen Offiziösen in Betreff der französischen Rüstungen nur Wahlmanöver gewesen seien, wird von unserem sehr ernst zu nehmenden Gewähremann als schlechterdings unbegründet hingestellt. Vom Fürsten Bismarck erzählt man uns, daß er, als er von jenen Ansichten in der Presse Kenntnis erhielt, mit sarkastischem Lächeln den Goethe'schen Satz zitierte: „Du gleicht dem Geist, den Du begreifst, nicht mir.“ Nein, es habe sich um kein Wahlmanöver gehandelt. Viel eher sei an eine Warnung, an einen „kalten Wasserstrahl“ zu denken. Der eigene wäre nur diesmal schwächer ausgefallen, gerade um nicht zu provozieren, er werde aber vielleicht verstärkt werden, wenn sich dies als erforderlich herausstelle. Man müsse sich erinnern, daß der ehrne Kanzler wiederholt schon einem Kriege vorgebeugt, indem er den Gegner rechtzeitig angerufen und ihm dadurch gezeigt, daß er ihn durchschaut und auf der Hut sei. Unser Gewähremann verweist auf die berühmte „Krieg in Sicht“-Periode im Jahre 1875, er erinnert an das „Aurufen“ Russlands vor ungefähr 3 Jahren, damals, als die deutschen Offiziösen die massenhaften Kavallerie-Konzentrationen Russlands an der deutschen Grenze ans Licht zogen, und er fügt hinzu, in jener Zeit wäre ein russisch-französisches Bündnis und ein „Ausbruch“ des Zarenreiches „geradezu vor der Thür“ gewesen.“

Im jetzigen Augenblicke sei die Lage keine ganz gleiche, infosfern ein russisch-französisches Bündnis derzeit nicht befürcht zu werden brauche, aber man besiege in Berlin vollgültig Beweise dafür, daß General Boulanger die Überzeugung habe, „erhebelt“ zu sein und längstens in einem Jahr auch ganz allein den großen Entscheidungskampf unternehmen zu können, wenn im Orient Ruhe bleibt, daß er aber schon für die nächsten Monate an einen Feldzug gegen Deutschland denkt, wenn Russland bald in Aktion tritt oder wenn auf der Balkan-Halbinsel irgend eine Aktion erfolgt. Angesichts dieser Sachlage wird telegraphisch gemeldet:

müsste Deutschland erwägen, ob es ratsam erscheine, den französischen Angriff unthätig abzuwarten. Im Moment seien die Chancen Deutschlands noch günstig, in wenigen Monaten könnte sich dieses Verhältniß anders gestalten. Deutschland wünsche zu wissen, woran es sei, und wenn seine diesfälligen Klarstellungs-Versuche kein befriedigendes Resultat ergeben würden, so könnte es sich allerdings veranlaßt sehen, dem alten und bewährten Grundsatz nach zu leben, daß die beste Defensive in der Offensive besteht. Das ist die Essenz der aus Berlin und zugegangenen Mittheilungen und man wird gestehen, daß dieselben im höchsten Maße beachtenswerth sind.“

Eine ausführliche Meldung über die bei der gestrigen Adres-Debatte im englischen Oberhause von Lord Salisbury gehaltene Rede lautet:

Lord Salisbury widerlegte die Gerüchte von einer Bestrebung zu Gunsten der Wiedereinführung des Fürsten Alexander von Bulgarien und sagte, seit der Abdankung desselben habe die englische Regierung eine Wiederwahl für unpraktisch angesehen; eine solche sei von keiner anderen europäischen Regierung und am wenigsten von der englischen angestrebt worden. Den Süden Europas anlangend, so wünsche die Regierung erstens, daß England seine Pflichten als Signatarmacht des Berliner Vertrages erfülle und zweitens, daß Englands traditionellen Politik gemäß, die Freiheit der dortigen christlichen Staatengemeinde erhalten bleibe, welche in dem Maß, in welchem sie sich konsolidieren, die beste Garantie gegen ein etwaiges Umschreiten einer Militärmacht in jedem Theile Europas bilden. Von diesen hängen, nach ihrer gehörigen Organisirung und Entwicklung, der Schutz jener Länder in Zukunft ab. Die englische Regierung wolle dort keinen Sonderereinsfluß ausüben, ein solcher würde für sie auch nutzlos sein; sie wolle Russland nichts verweigern, was es rechtmäßig beanspruchen könnte, im Gegenheit, sie werde, mit dem Vorbehalte der obigen Bedingungen, mit Vergnügen Russlands legitime Wünsche erfüllt sehen. Die Regierung fühle jedoch vor Allem, daß der Einfluß, welcher Russland aus Rücksicht der Race und der Religion, sowie aus geschichtlichen Rücksichten gebüre, zur Ausdehnung seiner Oberherrschaft dienen müsse. Jeder Versuch eines Vorgehens zu diesem Zwecke würde nicht nur seinem Einfluß schaden, sondern auch für die Interessen Europas verhängnisvoll werden.

Mit Vorsicht spreche er, Salisbury, von den jüngst gehegten Befürchtungen wegen des Ausbruches eines Krieges zwischen zwei großen Mächten des Kontinents. Die Regierung dürfe unmöglich ihr Auge verschließen gegen die Gefahr, welche dem Frieden durch die zunehmenden Rüstungen drohe, allen, welche dieser Lawine nahe seien, sei Wachsamkeit nötig. Diese Wachsamkeit könne jedoch zum Verdacht führen und dieser Verdacht endlich den Zusammenstoß veranlassen. Allein es sei nichts geschehen, seit er, Salisbury, Minister des Auswärtigen sei, was andeuten könnte, daß die Gefahr jetzt größer sei als früher, und die englischen Botschafter in Paris und Berlin seien der Meinung, daß die Situation nicht kriegerisch, sondern eher friedlich sei. Er hoffe ernstlich, daß diese Ansichten richtig seien und daß Europa das schreckliche Unglück eines Konfliktes der zivilisierten Nationen erwartet bliebe. Die Adresse wurde angenommen.

Im Gegensatz zu den Mittheilungen der offiziösen italienischen Organe, daß die Lage der Expeditionstruppen in Massowah keineswegs bedenklich sei, meldet die „Agence Havas“ aus Alexander ein Gerücht, nach welchem die Abesinier die Offensive wieder aufgenommen hätten und die 1500 Italiener zerstört, welche sich in Mekoulon befanden. Wie das Organ des italienischen Ministerpräsidenten Depretis „Il Popolo Romano“ meldet, sind gestern vier Kompanien Infanterie aus ihren Garnisonen, ebenso aus Vicenza zwei Gebirgsgehusse und aus Pavia eine Geniekompagnie abgerückt. Die Truppen werden sich am 1. Februar in Neapel unter dem Befehle eines Majors nach Massowah einschiffen. Die Stellung des Ministeriums Depretis ist bisher durch die jüngsten Vorgänge in keiner Weise berührt worden; vielmehr hat Depretis soeben ein neues Vertrauensvotum erhalten. Hierüber wird telegraphisch gemeldet;

Rom, 27. Januar. Die Deputirtenkammer hat mit 229 gegen 154 Stimmen eine vom Ministerpräsidenten Depretis acceptierte Tagesordnung angenommen, welche besagt, daß die Kammer, indem sie die Erklärungen des Kabinetts zur Kenntniß nehme, zur Spezialberathung des Budgets übergehe. Depretis hatte es als für das Ansehen der Regierung notwendig bezeichnet, daß die Generaldiskussion durch ein klares Votum des Vertrauens oder Misstrauens abgeschlossen werde.

„Die (Militär-) Vorlage ist dazu bestimmt, nicht heute unsere Wehrkraft zu erhöhen; sondern den Gefahren gegenüber, welche in der europäischen Konstellation in dem nächsten halben Menschenalter bevorstehen, haben wir den Wunsch, daß die Zahl der wehrfähigen ausgebildeten Deutschen um 200,000 vermehrt werde. Zwölf Jahre Heerespflichtigkeit und 16,000 Mann jährlich ausgehoben giebt nach Verlauf der 12 Jahre gegen 200,000 Mann nach buchmäßiger Rechnung mehr, als wir gegenwärtig haben. Dieses Anwachsen der deutschen Streitmacht und Wehrfähigkeit halte ich für eine wesentliche Bürgschaft des Friedens.“ Mit diesen Worten hat Fürst Bismarck es begründet, daß und warum im Interesse des Friedens und der Sicherheit des deutschen Reiches eine Vermehrung der deutschen Streitmacht auf längere Zeit hinaus nötig sei, daß eine Sicherung der Armeestärke für nur drei Jahre, wie sie militärisch unmöglich sei, so auch politisch ohne jeden Nutzen wäre. Es ist im Anschluß dieses klaren Ausspruchs des Fürsten Bismarck eine wahre Kühnheit, wenn Zentrum und Freisinnige jetzt behaupten, sie hätten alles bewilligt wollen. Was sie bewilligen wollten — die Vorlage für drei Jahre —, das war für die Militärverwaltung unbrauchbar, für unsere Politik und den Frieden aber nutzlos. Hier liegt der Schwerpunkt der Frage: wenn das Ausland nicht weiß, daß das deutsche Heer für geraume Zeit allem Hader der Parteien entrückt und gesichert ist, so wird der politische Nutzen unserer Heeresvermehrung im Sinne des Friedens nicht eintreten, die Kriegsgefahr vielmehr eine dauernde bleiben. Die Zentrumsabgeordneten mögen doch ihre Wähler geradeheraus fragen, ob sie sich beeinträchtigt in ihren politischen Rechten fühlten, wenn, damit die Friedenssicherung wiederkehre, das Septennat angenommen würde. Wir sind überzeugt, die Antwort wird lauten: Nehmt das Septennat an, damit endlich Ruhe und Sicherheit in Handel und Verkehr wiederkehren. Die Zentrumswähler sind in ihrer überwiegenden Mehrzahl mit dem Ausgang, den die Militärberathung genommen hat, nicht zufrieden.

Zu der Meldung deutscher Blätter über den Bau von Baracken an der französischen Ostgrenze schreibt der „Temps“ nach einem sehr geizigen Eingange:

„Es ist wahr, daß der Kriegsminister in den Vorgesetzten Holz hat anlaufen lassen und den Bau von Baracken, nicht nur in Corcieux, Bruges oder Saint-Dié, sondern in der Umgebung aller Garnisonen angeordnet hat. Diese Baracken sind zur Beherbergung der Reserve und Landwehrmänner bestimmt, welche in den zu kleinen Kasernen der meisten unserer Garnisonen des Orients nicht Platz genug hatten. Was die Entsendung neuer Truppen nach dem Osten anlangt, so ist diese Nachricht bereits formell dementirt worden; wir werden insbesondere das „Journal d'Alsace“ höchlich in Erstaunen versetzen, wenn wir hinzufügen, daß man — selbst wenn man wollte — nicht so leicht über 20,000 Mann verfügt, wenn die Friedens-Effektive so gering sind, wie heute. Der Beweis hierfür liegt schon darin, daß die deutsche Regierung zur Verstärkung der Garnisonen von Elsass-Lothringen im Augenblick der Erneuerung des Septennats eine Erhöhung des Effektivs um 41,000 Mann verlangen mußte.“

Man muß dem „Temps“ zugeben, daß keine Truppenkonzentrationen stattgefunden haben; denselben würde deutscherseits, wie bereits gestern die „N. Y. Ztg.“ schlagend hervorhob, die einzige mögliche Gegenantwort bereits gegeben worden sein; es handelt sich nur erst um die Vorbereitungen zu Truppenkonzentrationen. Was in Frankreich eben geschieht, ist für den Ernst zu wenig, für das Spiel zu viel! Wir erkennen

die Franzosen aus dem Jahre 1870 wieder an der Durchführung einer Maßregel, auf deren Heimlichkeit man nach der ganzen Haltung der französischen Presse gerechnet hatte und zu der man die Vorbereitungen auf deutschem Boden trifft! Während man die Bretter ohne Aufsehen statt aus dem Elsass aus Ungarn über die Arlbergbahn hätte kommen lassen können. Das ändert aber an der eigentlichen Sachlage nichts. Wie verlautet, wird die deutsche Heeresverwaltung gleichfalls zur Aufführung von Baracken fei schreiten. Wir wollen die Lage nicht ausmalen, wenn beiderseits diese Baracken belegt werden sollten und zwei Kriegsheere sich an der Grenze gegenüberstehen, die ihre Vorposten wie im Kriege stellen. Die französische Presse, die eben ungemein friedliche Töne anschlägt, möge ihre Mahnungen an die französische Kriegsverwaltung richten, auf einem Wege einzuhalten, bei dem jeder weitere Schritt vorwärts verhängnisvoll werden kann. Und schon kündigt die dem Kriegsminister Boulanger nahestehende chauvinistische „France“ einen weiteren Einfall dieses gefährlichen Mannes an, dessen Realisierung jedenfalls auch deutsche Gegenmaßregeln hervorrufen würde. Das Blatt schreibt:

„Wir haben angekündigt, daß der Kriegsminister die Absicht hege, ein Armeekorps zu bezeichnen, das im Augenblick der Herbstanöver einen allgemeinen Mobilmachungs-Beschluß durchführen sollte. Die Sache ist richtig; das Armeekorps aber, das diesen Beschluß machen soll, wird erst in zwei oder drei Monaten bezeichnet werden. Wir können nun schon heute versichern, daß der Kriegsminister weder das 9. Korps (Tours) noch das 16. (Montpellier) nehmen wird, welche Armeekorps-Bewegungen vornehmen sollen. Auf der anderen Seite können die Korps der Ost- und Nordgrenze, das 1. (Lille), das 2. (Amiens), das 6. (Châlons), das 7. (Besançon) nur im Kriegsfalle mobilisiert werden. Das Gleiche ist bei dem 14. (Lyon-Grenoble) und dem 15. (Marseille) der Fall. Das 3. (Rouen), 4. (Le Mans), 5. (Orléans) und 13. (Clermont-Ferrand) kommen nicht in Betracht, weil sie durch ihre Rekrutierung den speziellen Regionen von Paris und Lyon angehören. Es erübrigen demnach das 8. Korps (Bourges), das 10. (Mantes), das 11. (Nantes), das 12. (Limoges), das 17. (Toulouse) und das 18. (Bordeaux). Unter diesen sechs Korps wird dasjenige gewählt werden, welches im August-September einen allgemeinen Mobilmachungs-Beschluß durchführen wird.“

Die „National-Zeitung“ schreibt: „Die „Frei. Ztg.“ muß uns die Haltlosigkeit der Behauptung des Herrn Richter im Reichstage und des Herrn Windthorst in Abgeordnetenhaus, daß der Kriegsminister, der Chef des Generalstabes u. s. w. auf jährliche Bewilligung im Etat ständen, zugeben. Sie meint aber, der Reichstag könne für den Fall späterer Neubesetzung des Postens denselben in die Rubrik „künftig wegfallend“ verweisen. Das ist schon etwas ganz Anderes, als das Recht, bei jeder Etatsberathung den Posten zu streichen. Im Übrigen schlagen wir vor, es einmal damit zu versuchen, den Kriegsminister oder den Chef des Generalstabes als „künftig wegfallend“ zu bezeichnen.“

Nach auswärtigen Blättern ist das Blei num des Herrenhauses zum 14. Februar berufen. Bis dahin wird die Vorlegung des neuen Kirchengesetzes erwartet.

Eine interessante Reminiszenz gräßt das „Kieler Tageblatt“ aus der schon damals dem Herrn Prof. Hänel nicht fernstehenden „Kieler Zeitung“. Dieses zeigt sich „deutschfreistädtig“ nennende Blatt brachte am 13. Juli 1870 einen „Die spanische Frage“ überschriebenen Artikel, welcher erörtert, wie Recht Frankreich habe, sich der Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern zu widersetzen. Der Schluss jenes Artikels lautete:

„Wer trägt die Verantwortlichkeit für eine so höchst ärgerliche Kriegsdrohung, für eine in ihrem Resultate beschämende Verwickelung, wenn er nicht die Verantwortlichkeit für einen furchtbaren Krieg tragen will? Man hat dem Grafen Bismarck seit Sadowa eine ganz besondere Sonnenheit, Umsicht und Geschicklichkeit nachgewiesen, die seiner Gewaltpolitik ebenbürtig zur Seite stehe. Wir können in der vorliegenden Frage, soweit man jetzt übersehen kann, auch nicht

die Spur einer Begründung dieses Lobes finden. Wir behaupten, daß ein umstößiger, befohner und geschickter Staatsmann Deutschland und der Welt das widerwärtige Stück, welches jetzt, wir wissen nicht, ob als Intrigenstück, Schauspiel oder Trauerspiel aufgeführt wird, hätte ersparen müssen und hätte ersparen können, daß er die Ruhe Europas und das Ansehen Deutschlands nicht an das Abenteuer eines Prinzen gesetzt hätte."

Wer in den letzten Wochen gelesen hat, was die "deutschfreisinnigen" Blätter über hohe Politik z. B. in bulgarischen Angelegenheiten leisteten — sogar Herr Dr. Bamberger stellte bekanntlich diese Leistungen mit denen Wippchen aus Bernau auf eine Stufe —, und zum Vergleich dieses Diktum der "Kielser Zeitung" heranzieht, wird wieder einen Beweis dafür haben, daß Fortschritt und "Deutschfreisinn" auch darin fustig sind, weder etwas gelernt, noch etwas verloren zu haben.

München, 27. Januar. Der Papst hat den hiesigen Nachrichten zufolge allerdings nicht direkt, sondern indirekt, also durch eine dritte Person, welche er brieflich damit beauftragt hatte, das Zentrum in sehr dringender und nicht mißverstehender Form zum Eintreten für das Septennat auffordern lassen. Bereits am 3. Januar ist — sei es Windhorst allein, sei es mehreren Zentrumsmitgliedern, was man nicht genau weiß — von dem Inhalt des päpstlichen Schreibens Mitteilung gemacht worden. Man darf mit Recht gepaart darauf sein, wie Windhorst versuchen wird, jetzt seine Ablehnung im preußischen Abgeordnetenhaus zu rechtfertigen. Des Weiteren verlautet aus bayerischen Zentrumskreisen, daß viele Zentrums-Abgeordnete, namentlich bayerische, ihre starke Mißbilligung darüber geäußert hätten, daß Windhorst ihnen entgegen dem Sinne des päpstlichen Schreibens dessen Dasein und Inhalt vorenthalten habe. Die von hiesigen Zentrumsblättern andauernd fortgesetzte Ablehnung jedes auf das Septennat bezüglichen Schrittes des Papstes beruht dagegen bloß auf Unkenntnis und nicht auf bösem Willen. Die Nachricht des Pariser "Gaulois", der Papst habe an die bayerischen Bischöfe geschrieben, es möchten sich keine Geistlichen wählen lassen, beruht laut Erfahrung bei kirchlichen Autoritäten auf Erfahrung. Ob vor den Reichstagswahlen noch ein weiterer Schritt des Papstes zu erwarten sei, ist hier zur Zeit nicht bekannt. Man hält es aber für recht gut möglich, ja sogar für wahrscheinlich, daß dies geschieht, etwa durch ein Schreiben an die Bischöfe.

Ausland.

Wien, 27. Januar. Schmeyl erließ eine Kundgebung, in der er die Deutschen Böhmens zur Standhaftigkeit und Einigkeit im nationalen Bewußtsein auffordert. "Harrt aus," so heißt es in derselben, "in Treue, unterseidet zwischen Worten und Thaten der Versöhnung! Bleibt unbekürt durch die Verlockungen wie durch die Drohungen, welche vielfältig an euch herantreten werden!"

Morgen tritt der Reichsrath zusammen; in deutschen Kreisen wird der Gedanke einer Adresse an den Kaiser angeregt.

Die rumänischen Unterhändler, die für morgen erwartet wurden, sollen erst später wieder kommen.

Die "Neue Freie Presse" bringt einen von Boulanger eingegebenen Artikel, der versichert, Boulanger wolle das französische Volk lediglich seiner Niedergeschlagenheit über die Niederlagen entziehen, niemanden bedrohend, niemanden fürchtend; über Krieg und Frieden entscheide einstimmig das allgemeine Stimmrecht, nicht die Kammer, noch die Regierung oder untergeordnete einzelne Minister.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 29. Januar. In vielen Verträgen über Mobiliarfeuerversicherung ist die Bedingung enthalten, daß der Versicherte verpflichtet ist, der Versicherungsgesellschaft davon Anzeige zu machen, wenn eine Vermehrung der Feuergefährlichkeit in dem Hause eintritt, in welchem der Versicherte wohnt. In einem solchen Falle macht die Gesellschaft gegen die Klage des Versicherten auf Erlass des ihm durch Feuer in seiner Wohnung an den versicherten Sachen zugefügten Schadens den Einwand, der Kläger habe es unterlassen, der Gesellschaft davon Nachricht zu geben, daß nach Abschluß der Versicherung in seinem Hause eine Tischlerwerkstatt, durch die die Feuergefährlichkeit stets vermehrt werde, eingerichtet worden sei, und habe durch diese vertragswidrige Veränderung den Anspruch auf Schadenerlass verloren. Dieser Einwand ist vom Gericht durch folgende Entscheidung zurückgewiesen worden: Allerdings hat der Versicherer das Recht, vertragmäßig festzustellen, was er unter Feuergefährlichkeit und deren Vermehrung verstanden wissen will. Hat er dies aber unterlassen, so kommt es nicht darauf an, was er und andere Versicherer regelmäßig für feuergefährlich ansehen, sondern nur darauf, was nach der regelmäßigen Aufschauung des Verkehrs dafür zu gelten hat. Was insbesondere die Vermehrung der Feuergefährlichkeit im Laufe der Versicherung anlangt, so darf nicht verkannt werden, daß ein allzu strenger Maßstab den Interessen der Versicherten sowohl wie dem Wesen und Zweck des Versicherungsinstituts völlig zuwiderlaufen würde. Aus dem Wesen des Versicherungsvertrages folgt keineswegs, daß jede Erhöhung, ja auch nur Änderung der Gefahr den

Vertragsgegenstand ändert und die Versicherung aufhebt. Vielmehr geht grundsätzlich die ohne Zuthun des Versicherten eintretende Gefahrshöhung auf Rechnung des Versicherers, und darin liegt eine empfindliche Benachtheiligung des Versicherten, daß er durch Vertrag auch nur zur Anzeige der ohne sein Zuthun eingetretene Veränderungen verbunden ist, und die Genehmigung des Versicherers zur Fortsetzung des Vertrages zu erwirken hat, bis zu deren Ertheilung die Versicherung ruhen sollte. Die regelmäßige Aufschauung des Verkehrs über die Vermehrung der Feuergefährlichkeit hat übrigens auch im Landrecht ihren Ausdruck gefunden, und da in demselben der Betrieb einer Tischlerei in dem versicherten Gebäude nicht als eine zur Anzeige verpflichtende Gefahrenvergrößerung gilt, so war der Einwand der Beklagten zurückzuweisen, und diese zum Erfaß des Brandschadens zu verurtheilen.

Eine lustige Gesellschaft wird in nächster Woche auf zwei Tage hier wieder eintreffen und ihre zahlreichen Freunde zum Besuch einzuladen. Es sind dies die Stettiner Quartett- und Klavier-Sänger, die Herren Britton, Eberius, Haekel, Hippel, Meysel, Pietro und Semmler, welche bei ihren früheren Soireen in Folge ihrer gelungenen drastischen Vorträge stets lebhaften Beifall fanden. Derselbe dürfte ihnen auch bei dem diesmaligen Gastspiele um so weniger fehlen, als dieselben zahlreiche neue Solo- und Ensemble-Szenen zum Vortrag bringen werden. Die Soireen finden Dienstag und Mittwoch in Wolff's Saal statt.

Das bekannte Restaurant "Großer Kurfürst" am Viktoriaplatz ist von Herrn Restaurateur Theodor Wissler, dem früheren Pächter von Wolff's Garten, übernommen und wird am morgigen Sonntag neu eröffnet werden.

Ein recht heiterer Musikabend soll es werden, welchen Herr Kapellmeister G. Offeney mit der Kapelle des Königs-Regiments im nächsten Donnerstag-Konzert bieten will, da bei demselben die Kompositionen von Strauß, Millöcker und Eilenberg das Programm füllen sollen. Die neuesten Kompositionen unseres heimischen Komponisten, Herrn A. Eilenberg, werden von demselben persönlich dirigirt werden. Für die Sommer-Saison hat Herr Eilenberg ein sehr vortheilhaftes Engagement als Kapellmeister nach Russland angenommen.

Das Reichs-Postamt hat der "Allgemeinen Dienstanweisung für Post und Telegraphie" eine Reihe neuerer Ausführungsbestimmungen hinzugefügt, von denen einige auch für weitere Kreise von Wichtigkeit sind. Hierher gehört die Erweiterung der Bestimmungen, nach welchen namentlich bei den vereinigten Verkehrsanstalten die Auslieferung und Beförderung von Telegrammen auch außerhalb der gewöhnlichen Dienststunden und insbesondere während der Nachtzeit zu ermöglichen ist. Erwähnt sei ferner, daß zu den im telegraphischen Verkehr zugelassenen Sprachen nunmehr vier weitere hinzukommen, nämlich Arabisch, Malaysisch, Persisch und Siamesisch. Be-

merkenswert sind endlich noch folgend Bestimmungen: "Bei telegraphischen Postanweisungen ist für die Bezeichnung des Geldempfängers die Anwendung einer abgekürzten Anschrift nicht zu läßig." "Bei Zusammenziehungen verschiedener Wörter sind, wenn der Aufgeber behauptet, daß dieselben mit getrennter Schreibweise für den Empfänger nicht die richtige Bedeutung haben würden, die zusammengezogenen Ausdrücke, unbeschadet der richtigen Tariierung nach der Anzahl der verwendeten Wörter, als ein Wort abzutelegraphieren." — Gleichwie die amts- und telegraphischen Telegramme sind fünfzig auch die postlagernden Telegramme dem Empfänger oder dessen Bevollmächtigten nur nach gehörigem Ausweis einzuhändigen." Alle diese Bestimmungen treten am 1. Februar dieses Jahres in Kraft.

In einer hiesigen Familie las vor gestern, wie die "N. St. Ztg." mitteilt, eine hochbetagte Dame nachträglich die Berichte der Zeitung über den schnellen Tod unseres Abgeordneten Theodor Schmidt und brach dabei in die Worte aus: "Er hat doch einen schönen Tod gefunden!" Unmittelbar darauf machte ein Herzschlag dem Leben der Dame ein schmerloses Ende.

Der Stettiner Musik-Verein brachte am Donnerstag Abend das G. Haydn'sche Oratorium "Die Schöpfung" zur Aufführung und war der große Saal des Konzert- und Vereinshauses in allen Theilen besetzt. Die Solis hatten Frau Schmidt-Köhne und die Herren Grahl und Schmidt aus Berlin übernommen, während die Orchesterbegleitung von der Kapelle des 34. Regiments mit bekannter Präzision ausgeführt wurde. Was die Aufführung betrifft, so sind in erster Reihe die Herren Grahl und Schmidt hervorzuheben, dieselben führten ihre Partien auf das wirkungsvollste durch, auch Frau Schmidt-Köhne war in einigen Säzen recht gut, im Allgemeinen ließ ihr Vortrag Manches zu wünschen übrig. Die Chöre boten recht Erfrischendes und zeugten von der künstlerisch umsichtigen und energischen Leitung ihres Dirigenten Herrn Dr. Lorenz. Das Publikum kargte nicht mit Beifall, der auch in jeder Weise ein wohlverdienter war.

(Denithologischer Verein. Sitzung vom 17. Januar. Vorsitzender Herr Dr. Bauer.) Nach Verlesung des Protokolls der vorigen Sitzung erstattet Herr Böttcher Bericht über die stattgehabte Kassenrevision. Die Kasse und

das Vermögen des Vereins befinden sich in bester Ordnung und wird dem Kassirer Herrn Heidrich Dechage ertheilt. Der Vorsitzende verliest darauf ein Schreiben des Herrn Regierungs-Präsidenten, welcher dem Verein für das abgegebene Referat über die Nebelkräfte seinen Dank ausspricht. Herr Koske legt aus seiner Sammlung die Bälge der sechs regelmäßigen in Deutschland vorkommenden Drosselarten vor und bespricht die. Bei der Diskussion bemerkte Herr Dr. Bauer, daß die Schwarzdrossel (Turdus merula) auch im Winter einen gelben Schnabel habe, wenigstens nach seinen Beobachtungen am Rhein. Herr Ober-Horstmeister von Barendorf und Herr Heidrich beobachteten das Gleiche, während Herr Koske bei den Schwarzdrosseln, welche im Herbst häufig als Krammetvögel gefangen werden, nur schwarze Schnäbel gesehen hat. Herr Dr. Bauer berichtet über eine Wildtaube (Columba palumbus), welche beinahe verhungert von einem Föhrer ergriffen wurde. Da uns die Tauben im Winter verlassen, so ist der Fall um so erwähnenswerther. Über den Zug der Wildtauben spricht sodann Herr Ober-Horstmeister von Barendorf. Das Bleiben oder Wegziehen der Tauben richtet sich zum größten Theil nach der Buchenmast; ist dieselbe reichlich, so bleiben sie lange und lassen sich dann häufig von Frost und Schnee überraschen. Wie sehr alle Vögel unter dem Winter leiden, beweist die Beobachtung, daß Meisen im Winter im Walde beschäftigten Holzhauern den Speck aus der Hand genommen haben, bis eine nach der anderen nicht mehr erschien, jedenfalls umkam. Herr Dr. Lehmann schildert die Vorzüge eines in seinem Besitz befindlichen sehr zahmen weißbaubigen Kakadus, welche Art, zumal wenn jung aufgezogen, Liebhabern nur zu empfehlen sei. Herr Schmidt verliest eine Zuschrift des Herrn Hänel aus Greifenseberg, welcher sich über den Nutzen und Schaden der Nebelkräfte ausspricht. Auch Herr Hänel hält den Schaden für überwiegend. Es folgt dann die Abmeldung und Aufnahme neuer Mitglieder.

(Polytechnische Gesellschaft. Sitzung vom 21. Januar. Vorsitzender: Herr Dr. Delbrück.) Zu der Frage aus voriger Sitzung: Wodurch färbt man Zementplatten (Kunstplatten) ohne deren Haltbarkeit zu beeinträchtigen, in beliebigen Tönen? wird bemerkt, daß solche Platten gleich bei der Herstellung mit der betreffenden Farbe versehen werden müssen; dazu eignet sich jede Mineralfarbe, also z. B. Ultramarin (blau und grün), Braunstein (schwarz), Oder (gelb), während alle übrigen, Kohlenstoff enthaltenden, Farben nicht bestehen. Herr Sielmacher empfiehlt zum Versuchsfolgen von Schriftstücken das Tachograph-Berfahren, mit welchem man leicht 2—3000 Abzüge herstellen kann. Die Arbeit besteht darin, daß man auf einem gewöhnlichen lithographischen Stein mit einer besonderen Tinte schreibt, die Platte mit einer Säure belegt, und nun mit einer Farbwalz heliographische Tinte aufträgt; diese fließt man auf eine Gummiplatte ab, von welcher man in gewöhnlicher Weise Abzüge macht. Werden die Abzüge matt, so kann man leicht vom Stein ein neues Negativ auf der Gummiplatte erhalten. — Herr Dr. Delbrück teilt mit, daß es dem englischen Physiker Dewar gelungen ist, den Sauerstoff, welcher für ein permanentes Gas gehalten wurde, unter Benutzung einer sehr starken Abhöhung auf — 80 Grad und unter gleichmäßigen Druck von 80 Atmosphären in eine Flüssigkeit zu verwandeln. Diese Thatat lässt hoffen, unter Anwendung noch stärkeren Druckes und noch größerer Abhöhung auch die übrigen, bis jetzt nur gasförmig bekannten Körper, wie Stickstoff, Wasserstoff etc. in den flüssigen Zustand überzuführen. — Darüber berichtet Herr Dr. Goslich über den Diesel-Etagenofen zum Brennen von Kali, Bament etc. Diese Ofen, auf der Bredower und Zülchower Zementsfabrik in biesiger Gegend in Thätigkeit, zeichnen sich vor den alten bekannten zuerstbürigen Schachten dadurch aus, daß die Verbrennung in der theoretisch günstigsten Weise vor sich geht. Ähnlich wie beim Ringofen wärmen die abkühlenden Massen die Brennstoff vor, während die abziehenden Brenngase die noch ungebrannten Massen vorwärmen. Die Verbrennung selbst geschieht zwischen beiden, in einem fast weißglühenden Brennraum, in welchem die Kohle, bei gerade genügend vorhandener Luft, sofort in Kohlensäure verändert wird und nicht wie beim Schachten zum großen Theil nur in Kohlenoxidgas. Hierdurch erklärt sich die beträchtliche Kohlenersparnis. Da im Ringofen meistens zu viel Luft vorhanden ist, deren Überschuss abhöllend wirkt, so hat der Etagenofen vor diesem auch einen etwas geringeren Kohlenverbrauch vor; trotzdem wird er ihn zum Ziegelbrennen und dergleichen nie erreichen, da ja hier die Gestalt der Steine nicht verletzt werden darf. Denn beim Etagenofen wird das zu brennende Material durch den Brennraum bewegt, was natürlich ohne Beschädigung der Steine nicht abgeht, während bekanntlich beim Ringofen das Material ruht, und das Feuer weiter geht. Neue Frage: Auf welche Weise wird die jetzt vielfach in der Technik, z. B. zu Waggonrädern verwandte harte Papiermasse hergestellt, und wo?

(Kindermund.) Lehrer in der Medizin-

stunde: "Fräulein, wenn Du nun ein Mann wärst und hättest dreitausend Thaler, Du möchtest Dir aber gern ein Haus kaufen, das zehntausend Thaler kostet, was braucht Du da noch?" Fritz: "Eine reiche Frau!"

Berantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin

Romantische Oper in 4 Akten. — Belle Vue theater: "Die Waife aus Lovwood."

Vermischte Nachrichten.

(Was heutzutage nicht alles der Mode unterworfen ist.) Selbst die Auswanderung, in ihren Ursachen wie in ihren Zielen so ganz von den Gezeiten der unbarmherzigen Nothwendigkeit regiert, ist zum Gegenstande der Mode geworden. "Die neue Welt" — das war vor dem noch so im Allgemeinen das Reisziel unserer Auswanderer — sie wollten über's große Wasser, das war alles, was sie selbst wußten — ihr guter Stern sollte sie dort weiter leiten. Seitdem das Spezialisten in Uebung gekommen ist, fragt man auch nach dem Staate, dem Landstrich, den man aufsucht, und Agenten bemühen sich, Brasiliens, dann wieder Mexiko populär zu machen. In den letzten Jahren war besonders Afrika im Allgemeinen, waren die neuen deutschen Kolonien und die Kap-Gebiete sehr gesuchtes und aufgesuchtes Auswanderungs-Gebiet, und eine Zeit lang wurde für die argentinische Republik viel Stimmung gemacht. In lockenden Bildern wurde das Land, wurden die Aussichten, die es bietet, ausgemalt als Fata Morgana haben sich diese Bilder denen erwiesen, die sie nach den La Plata-Staaten zogen. Verführerischer Sirenenangriff verlockte sie in jene fernsten Länder, und rührende Liedeslieder senden sie nun in die Heimat zurück. In Italien und Österreich namentlich weit mehr als in Deutschland hatte die argentinische Werbetrommel Erfolg und dort wird denn auch jetzt besonders vor der Auswanderung gewarnt. Diese Warnungen sind nun um so mehr am Platze, als in den La Plata-Staaten im Laufe des Dezember vorigen Jahres die Cholera aufgetreten ist, wodurch das Schicksal der Einwanderer sich äußerst traurig gestaltet hat. So wurden die aus den italienischen Häfen kommenden Auswanderer, und durch einige Zeit sogar alle Passagiere 3. Klasse, nach der ungefähr 5 Stunden von Buenos Aires entfernten Insel Martin Garcia gebracht, wo sie zur Innehaltung der Quarantäne 14 bis 20 Tage zuzubringen hatten. Bevor die Auswanderer nach den Kolonien von Santa Fe gelangen konnten, hatten sie an der Grenze dieser Provinz noch eine achttägige Quarantäne durchzumachen. Auf diese Weise konnte es geschehen, daß auf der Insel Martin Garcia, von nur einer halben Meile Ausdehnung, und auf welcher überdies eine Militärbesatzung von 500 Mann sich befindet, in einem gegebenen Momente ein solcher Massenandrang stattfand, daß die Auswanderer sowohl bezüglich der Unterkunft als auch bezüglich der Ernährung der größten Noth preisgegeben waren.

In der ersten Hälfte des Dezember sind dort beispielsoflicher Weise Cholerafälle vorgekommen, was dann zur Folge hatte, daß neu ankommande Auswanderer anderswo untergebracht wurden. Die argentinische Presse, und insbesondere die in Buenos Aires erscheinenden italienischen Blätter, schildern die Vorgänge auf Martin Garcia in einer wahrhaft erschreckenden Weise. Eines dieser Blätter, "Patria Italiana", schreibt: "Die Auswanderer werden in Martin Garcia gleich Hundert behandelt, sie leiden Hunger, werden geschlagen, ja gemordet." Obwohl diese Schilderungen von Übertreibungen nicht frei sind, so ist es doch gewiß, daß die in der argentinischen Republik zu Aufnahme von Auswanderern bestehenden Institute, die Lazarathe und Auswandererhäuser, gänzlich unzureichend sind. Unter diesen Umständen sind die Warnungen allerdings wohl angebracht.

(Ein angenehmer Kutscher.) Ein komfortabler Kutscher rast über die Ringstraße in Wien und kommt durch seine Unachsamkeit öfters in Gefahr, mit Tramwaywaggons zusammenzustoßen. Der Passagier (angestellt): "So geben Sie doch Acht! Das ist ja lebensgefährlich!" Der Kutscher: "Ah was, das is' mir alles ans! Ich hab' eh la' Freud' mehr am Leben!"

(Kindermund.) Lehrer in der Medizinstunde: "Fräulein, wenn Du nun ein Mann wärst und hättest dreitausend Thaler, Du möchtest Dir aber gern ein Haus kaufen, das zehntausend Thaler kostet, was braucht Du da noch?" Fritz: "Eine reiche Frau!"

Berantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin

Telegraphische Depeschen.

Chemnitz, 28. Januar. Der bisherige Reichstags-Abgeordnete Benzig hat die Wiederübernahme eines Mandats für den 15. sächsischen Wahlkreis (Frankenberg-Mittweida) abgelehnt und haben die vereinigten reichstreuen Parteien den Justizrat Schneider in Mittweida als Kandidaten aufgestellt. Der Kandidat der Sozialdemokraten ist Liebknecht.

Wien, 28. Januar. Wie die "Presse" meldet, wird im Abgeordnetenhaus heute von der Regierung eine Novelle zum Post-Sparkassen-Gesetz eingeführt, durch welche der Check- und Clearingverkehr gelegentlich geregelt und der Marialzinsfuß dabei auf 2 Prozent festgesetzt wird. Ferner wird die Regierung ermächtigt, den bisherigen Zinsfuß für die Spareinlagen herabzusetzen.

Petersburg, 28. Januar. Der Herzog Georg von Leuchtenberg ist gestern ins Ausland gereist. Bezuglich seiner eventuellen Kandidatur für den bulgarischen Thron sagt die "Neue Zeit", die russische Regierung dürfte ihre Ansicht über diese Kandidatur erst dann äußern, sobald sie sich überzeugt hätte, daß die übrigen Mächte dieselbe billigen.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Volksbüchliche Vorstellung zu ermäßigten Preisen. "Czar und Zimmermann." Romantische Oper in 3 Akten. Sonntag. Stadttheater: "Carmen."